

## **Trilemma und Vision Schweiz; die Ausgangslage**

Die Schweiz befindet sich mit der direkten Demokratie, eingebettet in europäischen Demokratien und dem globalen Wettbewerb in Interessenkonflikten, die auf der Ebene der Wirtschaft, Gesellschaft, Technologie und Ökologie ausgetragen werden müssen. Die Vision muss sich auf diese Beziehungen ausrichten. Dani Rodrik hat das "Trilemma" als Erster formuliert. Anstelle der "direkten Demokratie" für die Schweiz steht der "Nationalstaat". Das gilt auch für die Schweiz, aber mit der Einschränkung, dass der Schweizer Staat mit der direkten Demokratie von "unten nach oben" konstruiert ist. In der Beziehung zwischen politischer Demokratie und Globalisierung verliert der Nationalstaat an Bedeutung. Zwischen der Demokratie und dem Nationalstaat entsteht eine eingeschränkte Globalisierung und zwischen der Globalisierung und dem Nationalstaat leidet die demokratische Mitbestimmung. Selbst wenn in der globalen Welt Besserungen sichtbar werden, ist die Schweiz in der Pflicht voran zu gehen. Möglichkeiten sind: Ausweitung des Mittelstands, Rückdämmung der Armut, Verbesserung der Alphabetisierung, Rückgang der Umweltbelastung oder steigender Zugang zur Internetnutzung, in Verbindung mit verbessertem Bildungsstand.

## Struktur: Trilemma von Wirtschaft und Gesellschaft

	Ebene		
	souveräner Nationalstaat	Einbettung in Europa	Globale, übrige Welt
gesellschaftlich-politische Entwicklung	1	2	3
wirtschaftliche Entwicklung	4	5	6
Umweltentwicklung	7	8	9
Technologieentwicklung	10	11	12

# 1. Gesellschaftspolitische Entwicklungen in der direkten Demokratie

Der **rasende Stillstand** mit der Unfähigkeit zeitgerecht Reformen umzusetzen spiegelt sich in der staatlichen "Governance", die höchst durchschnittlich ist. Transparency International Schweiz – 28.2.19 – zeigt die Schweiz bezüglich Lobbying in der Politik nach wie vor als Entwicklungsland. Es geht um die Finanzflüsse, Interessen und die Mandate der Parlamentarier\*innen, bei welchen auch Firmen nicht "wollen", dass die Karten offen gelegt werden. Die Schweiz wird immer wieder als Drehscheibe des internationalen Geldtransfers missbraucht. Es werden problematische Geschäfte über Waffenkäufe abgewickelt. Hier ergibt sich für die Schweiz ein gutes Feld, um die Glaubwürdigkeit zu stärken. Ein weiteres Gebiet ist die Gesundheit. In der Schweiz gibt es im Parlament eine starke Zuckerlobby. Diese verhindert Regulierungen des Zuckerkonsums, obwohl dieser ein gesellschaftliches Problem ist; die Krankheiten und das Übergewicht nehmen zu. Der Sorgenbarometer 2018 zeigt, dass die Befragten mit der Politik und dem Bundesrat sehr unzufrieden sind. Zu den Institutionen wie Föderalismus oder Mitsprache gibt es grosses Vertrauen. An erster Stelle der Sorgen steht die Altersvorsorge, vor den Gesundheitskosten und der Migration.

Die Parlamentswahlen Ende Oktober 2019 sind mit einer schwachen Beteiligung von 45% über die Bühne gegangen. Die Grünen haben einen historischen Sieg erreicht. Im neuen Parlament sitzen Jüngere und mehr Frauen mit einem Anteil von 42% im Nationalrat. Die Hoffnung, dass nötige Reformen endlich gelingen ist gross, wird aber an der ersten Parlamentssitzung bereits in Frage gestellt. Das Verhältnis zur EU kann warten, weil im Mai 2020 die Begrenzungsinitiative zu Abstimmung kommt. Bei einer Annahme würden

die Bilateralen Verträge dahinfallen. Die Geduld der EU wird strapaziert und nimmt spürbar ab. Aktionen wie die Kohäsionsmilliarde an der Börsenäquivalenz anzubinden finden kein Verständnis. Dafür bleiben die Gewerkschaften beim Lohnschutz stur, obwohl Lösungen durchaus möglich sind.

Die **Bereitschaft sich für öffentliche Aufgaben einzusetzen** hat sehr stark nachgelassen. Der "Better Life Index 2018" der OECD setzt die Schweiz auf Rang sechs, hinter dem Spitzenreiter Norwegen oder anderen Ländern wie Schweden, Dänemark oder Australien und Kanada. Ursachen für diese Klassierung sind die überbezahlten Wohnungsmieten oder die bescheidene Familienpolitik. Themen, die seit Jahren bekannt sind. Die zunehmende Polarisierung bei den Parteien stärkt die Lähmung der Entscheidungsfindung und den Reformwillen. Die Interessenvertretungen nehmen, in Kombination mit der Verfilzung, zu. Korruptionsfälle und Preisabsprachen häufen sich. Die Ausnahmen, sich über die Parteigrenzen hinaus zu einigen, bleibt die Regel. Die Finanzierung der Parteien ist ein gut gehütetes Geheimnis. Trotz allem vertrauen 75% der Regierung, 81% den Gerichten und 86% der Verwaltung. Da gibt es eine kognitive Dissonanz zur Realität.

Die Schweiz hat bei der **Gleichstellung** von Frau und Mann starken Nachholbedarf; in Schweden spricht man von der "muffigen Schweiz". Das Land grenzt sich in einem Video klar ab, da die Verwechslungen zu häufig vorkommen. Im internationalen Ranking ist die Schweiz von Rang 7 auf Rang 11 abgerutscht. Bei den europäischen Staaten ist das Ergebnis noch schlechter. Die Doppelbelastungen für Frauen zahlen sich, wegen der erwähnten Heiratsstrafe, nicht aus. Die Volksabstimmung hat mit falschen Daten des Bundes zu einer Ablehnung geführt. Eine Neuauflage der Abstimmung findet nicht statt, dafür eine neue Initiative. Kündigungen nach der Schwangerschaft nehmen zu. Es gibt die Entwicklung,

dass Entlassungen wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft zunehmen, also Diskriminierung. Die Firmen behaupten, dass dem nicht so ist. "Beruhigend" kann für die Arbeitgeber sein, dass Familien wieder mehr Kinder haben, eher drei statt zwei. Die Frauen also eher zuhause bleiben. Die flexiblen Arbeitsmöglichkeiten nehmen zu. Gewerkschaftlich aktive Arbeitnehmende sind nicht genügend gegen Kündigung geschützt. Die Internationale Arbeitsorganisation in Genf hat deshalb die Schweiz auf eine "schwarze Liste" gesetzt. Wo ist die Familienpolitik? Wo ist die Gleichberechtigung? Hat die Schweiz Angst vor Utopien oder Reformen? Immer mehr Familien, die sich das leisten können, stellen für die Kinderbetreuung Nänis an, die sie schlecht bezahlen; Monatslöhne von rund CHF 2 500.-- sind die Regel, im Vergleich mit der Betreuung in Krippen ein Pappenstil, vor allem wenn mehrere Kinder zu betreuen sind.

Was zeigt die Analyse von *avenir suisse* – Gleichstellung im Change Modus, 2019 – zur Gleichstellung? Seit 1981 hat sich einiges verbessert, seit 1991 sind die Themen mehr oder weniger die gleichen, die auch am Frauenstreiktag vom 14.6.19 wieder auf das Tapet gehoben worden sind. Die Verbesserungen zeigen sich beim Eherecht und der Mutterschaftsversicherung. Es gibt dazu einen Verfassungsartikel. Luft nach oben gibt es aber noch viel. Die Partizipation der Frauen in der Arbeitswelt hat zugenommen, ebenso in der Politik. Die Teilnahme an der Kindererziehung und der Arbeitswelt ist bei den Männern immer noch tief. Zwei Drittel der Hausarbeit fallen bei den Frauen an. Das Verhältnis ist noch 70% zu 30% bei der Aufgabenaufteilung, bei Paaren ohne Kinder bei 60% zu 40%. Die Medianlöhne zeigen bei den Frauen- und Männerlöhnen immer noch einen Unterschied von 12,9%, was auf Branchenunterschiede und den Bildungsstand zurückgeführt wird. Die Mutterschaftsstrafe zeigt, dass beim Austritt aus dem Erwerbs-